Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil „Halle und Saalekreis" und die Inserate Rudolf Kodanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. Druck von W. Pfannkuch & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 15. **Halle, Montag den 18. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Der Weg zum Frieden.

Die Friedensarbeit der russischen Revolution ist in Gefahr, sich in eine Sackgasse zu verlieren. Die Ideen wogen in Rußland bunt durcheinander, und das lebendige Friedensbedürfnis der Massen, dem entgegenzukommen die praktische Aufgabe des Sozialismus ist, wird durchkreuzt von theoretischen Erwägungen, deren hohen Schwung zu verkennen wir die letzten sind, deren Wert für die praktische Friedensarbeit der Gegenwart leider aber als ein Negativum gebucht werden muß.

Die Frage, um die es sich für die russische Revolution handelt, ist die: Soll ohne Umwege der Friede angestrebt werden, wie er bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Struktur der europäischen Gesellschaft zu haben ist, oder soll das Ziel sein der Friede durch die

soziale Revolution

in Rußland?

Daß die zweite Lösung uns Sozialisten rein gefühlsmäßig die sympathischere ist, versteht sich von selbst. Sie schlägt ja sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe, sie bringt uns den Frieden und den Sieg des Sozialismus. Verstandesgemäß aber, auf Grund nüchterner praktischer Erwägungen, werden wir uns für die erste Lösung entscheiden müssen. Denn der Friede ist ja das Allernächste, was wir brauchen, die Arbeit für ihn duldet keine Verzögerung. Eine solche Verzögerung von unabsehbarer Dauer tritt aber ein, sobald man die Friedensfrage mit der Frage der sozialen Revolution unlöslich verquickt.

Die Russen sind auch im Irrtum, wenn sie glauben, daß in ihrem eignen Lande der endgültige Sieg der sozialen Revolution gesichert sei und daß die andern Völker Europas nur das russische Beispiel nachzuahmen brauchten, um in ganz Europa die Herrschaft des Sozialismus und damit den dauernd gesicherten Frieden aufzurichten. Rußland ist einstweilen sichtbar nur auf dem Wege zur demokratischen Republik. Diesen Weg hat es betreten, aber noch nicht beendet. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Rußland zurzeit beherrschen, sind der Ausdruck einer siegreichen revolutionären Bewegung, aber nicht die Vertretung einer geordneten Demokratie. Diese geordnete Demokratie soll erst und wird hoffentlich — wenn keine Rückschläge eintreten — durch die im Herbste zu wählende Konstituante geschaffen werden.

Eine Gewißheit, daß Rußland von den sozialistischen Parteien dauernd und im sozialistischen Geiste regiert werden wird, ist noch nicht gegeben. Gerade in Rußland türmen sich der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische ungeheure Schwierigkeiten entgegen, zum Teil wegen der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit eines großen Teiles des Landes, zum Teil durch die Unwissenheit der Bevölkerung, ganz besonders aber durch den Umstand, daß der

Kampf gegen den Kapitalismus

in Rußland infolge der ungeheuern Verschuldung des Landes mehr ein internationales als ein inneres nationales Problem darstellt. Rußland war vor dem Kriege von deutschem, englischem, französischem, belgischem Kapital beherrscht. Es wird nach dem Kriege mehr denn je von fremdem Kapital, besonders von englischem und amerikanischem, beherrscht sein. Darüber, wie sich die sozialistischen Führer Rußlands diesen Kampf gegen das internationale Kapitol vorstellen, ist bisher noch nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Was in Rußland erreicht ist, das ist also leider

nicht der Sieg des Sozialismus,

sondern nur der Sieg der sozialistischen Parteien durch die Revolution, den die erst zu schaffende Demokratie bestätigen soll und hoffentlich bestätigen wird.

Die Nachahmung des russischen Beispiels durch die andern europäischen Staaten würde also keineswegs die allgemeine soziale Revolution bedeuten, sondern höchstens einen auf der Straße, durch Massenstreik usw. erkämpften Sieg der sozialistischen Parteien, der ihnen für den Augenblick das Staatsruder in die Hände geben würde. Ein auf solche Weise erkämpfter Sieg der sozialistischen Parteien während des Krieges ist aber außerhalb Rußlands in keinem Lande Europas zu erwarten.

Was zunächst die deutschen Verhältnisse betrifft, so steht die deutsche Sozialdemokratie mindestens seit einem Menschenalter auf dem Standpunkt, den Friedrich Engels in der berühmten Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" in klassischer Weise formuliert hat. Sie erstrebt die Herrschaft des Proletariats im Staate

nicht durch einen gelungenen Handstreich,

sondern durch die Macht der Demokratie, des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts. Nach ihrer demokratischen Auffassung hat eine Partei, die erst ein Drittel aller Wähler mustert, nicht das theoretische Recht — und wohl auch nicht die praktische Möglichkeit —, sich zur alleinigen Beherrscherin des Staatswesens aufzuwerfen. Aehnlich liegen die Dinge in den andern Staaten Europas, namentlich in England und in Frankreich, wo von einem revolutionären Machtwillen des Proletariats im Sinne des russischen Beispiels nicht im entferntesten die Rede sein kann.

Die sozialistischen Parteien haben in ganz Europa, vor allem auch in Deutschland, für die Zukunft die allerbesten Aussichten. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß man sie nicht lange nach dem Krieg infolge gesteigerter Wahlerfolge tatsächlich an der Herrschaft sehen wird. Ob diese Herrschaft dann dauernd und ohne jeden Rückschlag aufrechtzuerhalten sein wird, das wird niemand zu prophezeien wagen. Auch die Anwendung sozialistischer Prinzipien wird die Welt nach ihrer grauenhaften Verelendung durch den Krieg nicht auf einmal in einen

Zustand allgemeiner Glückseligkeit

versetzen können. Gärende Unzufriedenheit wird es dann unter einer jeden Regierung geben, auch unter einer sozialistischen. So ist der endgültige Sieg des Sozialismus nichts, was inmitten des Krieges oder auch unmittelbar nach Abschluß des Krieges mit untrüglicher Gewißheit erreicht werden könnte.

Wollten also die russischen Sozialisten den Friedensschluß bis zu dem Zeitpunkt vertagen, zu dem der Sozialismus als wirtschaftliches Prinzip oder auch nur als parteipolitische Organisation in allen Ländern gesiegt haben wird, so hieße das in Wirklichkeit den Krieg endlos verlängern. Unser Ziel muß es vielmehr sein, die in jedem Lande herrschenden Klassen und die zurzeit am Ruder befindlichen Regierungen durch die Macht der internationalen sozialistischen Friedensbewegung an den Konferenztisch zu zwingen. Auch dies ist eine sehr große und sehr schwere Arbeit, der namentlich in England und Frankreich noch gewaltige Hindernisse im Wege stehen. Aber es ist eine Arbeit, die bei Anstrengung aller Kräfte in absehbarer Zeit geleistet werden kann.

Die Parole muß also lauten: Nicht über den Sozialismus zum Frieden, sondern über den Frieden zum Sozialismus! —

Unser Friedensprogramm.

Das Memorandum, das die deutsche Sozialdemokratie in Stockholm überreicht, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der andern Völker. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf

I. Frieden ohne Annexionen und Kontributionen

auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsre Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsre Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. **Annexionen:** Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedlung gesichert werden.

Mit der Verwerfung aller gewaltsamen Annexionen ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrissener Kolonien gefordert.

2. **Kriegsentschädigungen:** Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der

Opfer an Gut und Blut

für beide Teile so gewaltig, daß schon aus diesem Grund eine Hinausziehung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Verpflichtung eines Volkes durch das andre würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. **Wiederherstellung:** Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Kriege betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Vorstößen oder Rückzügen, zum Teil als unmittelbare Wirkung des Feuerkampfes, zum Teil als mittelbare Maßnahme zur militärischen Sicherung erfolgt. Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts andres als eine Kriegsentschädigung in verschleierter Form.

Für Staaten, die aus eigner Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann

internationale finanzielle Hilfe

auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück läßt sich nicht ersetzen.

4. **Selbstbestimmungsrecht der Nationen:** Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andre Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die

Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens.

Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Hinsichtlich Serbiens und der andern Balkanstaaten schließen wir uns dem von unsern österreichischen Genossen Gesagten an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170618-18/fragment/page=0001

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die Anerkennung des Rechtes der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei andern fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das

Opfer imperialistischer Unterwerfung

geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Aenderung erfahren hat. Hierher gehören: Irland, Aegypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andre Länder ehemaligen eignen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre Stimme zugunsten der Befreiung jener Nationen vom Drucke der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. **Autonomie der Nationalitäten:** Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größern Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Stämme gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren weitherzigste Einräumung eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die Ansprüche unsrer in Nordschleswig, Posen und Westpreußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Mitbürger, dänischer, polnischer und französischer Muttersprache in Betracht. Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Muttersprache sowie sonstige Behinderung der freien Pflege ihrer besondern nationalen Eigenart und Kultur, solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile andrer Nationen sollten nicht Hemmungen und Hinderungen wechselseitiger freundnachbarlicher Beziehungen bilden, sondern

Verständigungsbrücken von Volk zu Volk,

von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unsern österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

6. **Elsaß-Lothringen:** Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mit aufgezählte Elsaß-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsaß-Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstammung und Sprache ist die Bewohnerschaft Elsaß-Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 Prozent der Bevölkerung sprechen Französisch als Muttersprache.

Elsaß-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also auch von diesem Gesichtspunkt aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsaß-lothringischen Gebiete sind neben andern Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verband des Deutschen Reichs herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Rechte Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts andres als eine Annexion und zudem

Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich.

Sie ist somit gemäß dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner innern Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Beschlußfassung des Jenaer Parteitags von 1913, die von elsaß-lothringischen Genossen eingebracht war, festgelegt. Mit der Regelung der elsaß-lothringischen Frage in diesem Sinne bundesstaatlicher Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Kriege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Regelung entspricht außerdem den wiederholt und noch neuerdings kundgegebenen Willensäußerungen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsaß-lothringischen Volksvertretung.

Der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen

Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, das künftige Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen. Aufgabe der kommenden Friedensjahre wird es dann sein, das Staatsrecht, das Arbeiterrecht, das bürgerliche Recht, das Handelsrecht international nach einheitlichen Grundsätzen auszubauen, mit dem Ziel, eine immer engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker zu schaffen.

1. **Völkerrechtliche Bestimmungen:** Bereits in den Kriegszielleitsätzen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Erstrebung eines durch

internationale Rechtseinrichtung

dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen sozialistischen Kongresses von 1910 fordern wir im einzelnen durch die Friedensverträge die Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, dem alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten vorzulegen sind.

Zur Verhinderung der Verletzung völkerrechtlicher Verträge ist eine überstaatliche Rechtsorganisation zu schaffen.

2. **Abrüstung und Freiheit der Meere:** In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Das Ziel der Abmachungen muß die Schaffung eines Volksheeres sein zur Verteidigung des Landes gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückungen. Für die einzelnen Waffengattungen dieses Volksheeres ist die Dienstzeit durch internationalen Vertrag möglichst kurz zu bemessen.

Die im Kriege zulässigen Kriegsmittel sind vertraglich zu beschränken. Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen. Die Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist international zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu beseitigen. Die Bewaffnung von Handelsschiffen ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen.

Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Der Begriff der Bannware ist international festzulegen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Das Privateigentum ist gegen Eingriffe der Kriegführenden sicherzustellen. Der Postverkehr zwischen Kriegführenden und Neutralen und den Neutralen untereinander ist auch im Kriegsfalle zu sichern. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen.

3. **Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen:** Damit die

Wiederannäherung der Völker

nicht gehemmt wird, sind in die Friedensverträge Bestimmungen aufzunehmen, die Sicherheit dagegen gewähren, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt wird.

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wiederhergestellt werden.

Das Schutzzollsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Verkehrsschranken bleiben.

Für die Kolonien ist die „offene Tür", das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung aller Völker, festzulegen.

Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem bekanntgegebenen Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. **Abschaffung der Geheimdiplomatie.** Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Verwirklichung dieser Ziele.

Wir beziehen uns auf unsre Darlegungen zu I und II. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern.

Studienkommissionen können zweifellos wertvolle Vorarbeiten für fruchtbringende Auseinandersetzungen über die ökonomischen und nationalen Probleme leisten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es sich für den internationalen Sozialismus um die

möglichst schnelle Herbeiführung des Friedens

handeln muß. Dieser kann nach unsrer Ueberzeugung als ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" erreicht werden, ohne daß zuvor besondere Studienkommissionen eingesetzt werden.

IV. Aktion der Internationalen.

Die europäischen Neutralen sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mitleidenschaft gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse am baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neureglung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlamentsmehrheiten im bisherigen Verlauf des Krieges gemacht hat, wird deren Mitarbeit freilich nur dann kriegsverkürzend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend Mitarbeit der Internationale während der Friedensverhandlungen hinreichend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offizielle Friedenskonferenz muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.

Damit kommen wir zu der Frage, wie auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen noch hinzugefügt worden ist: Bericht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei

zugunsten eines dauerhaften Friedens.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden", in denen die Stellung der Partei zum Krieg und zu den Friedenszielen dargelegt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen andern sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedensschluß seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andre Voraussetzung kennt, als die

Bereitschaft auch der Gegner

zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten Parlamentsreden, Aufrufen und Erklärungen hat sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reiches Friedensversammlungen abgehalten, auch im ganzen Reiche Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter strikter Ablehnung aller Eroberungspläne die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolg begleitet gewesen. Erfolglos dagegen waren leider die Versuche der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzuknüpfen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das könnte geschehen und hätte unsers Erachtens längst geschehen müssen, ohne daß auf der einen Seite von der andern etwas verlangt worden wäre, was einer

Preisgabe der Sache des eignen Volkes

gleichgekommen wäre. Wir sollten auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Pflicht haben, das eigne Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andre Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierungen zu züchtigen. In diesem Sinne hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Sektionen in der von uns gewählten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten würden.

Von einer Erörterung der Schuldfrage, der wir nicht aus dem Wege gehen, können wir uns eine Förderung des Zweckes der Konferenz nicht versprechen. Es kann sich nicht darum handeln, über Vergangenes zu streiten, es muß sich vielmehr darum handeln, über das Zukünftige sich zu verständigen, nämlich über die möglichst schnelle Herbeiführung eines dauernden, unsern Grundsätzen und Idealen entsprechenden Friedens.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Minderheitsparteien an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Stockholm, den 12. Juni 1917.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands.

Fr. Ebert. Scheidemann. Herm. Müller. Molkenbuhr.
Ed. David. R. Fischer. Sassenbach. G. Bauer. C. Legien.

Was der Krieg bringt.

Der Seekrieg.

Durch ein Flugzeug versenkt. Wie der deutsche Admiralstab mitteilt, griff ein deutsches Marineflugzeug am 14. Juni nachmittags vor der Themsemündung einen größeren Dampfer an und versenkte ihn. —

Versenkt. Nach dem „Maasbode" sind die dänischen Schiffe „Hafnia" und „Billy", das schwedische Schiff „Alda" und die norwegischen Schiffe „Ybla", „Breid" und „Tordenoore" zum Sinken gebracht worden. Der norwegische Dampfer „John Bakke", der von Nordamerika nach Rotterdam fuhr, ist in der Nordsee gesunken. Die Bemannung ist in Lerwick gelandet. Es ist noch nicht bekannt, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelaufen ist. —

* * *

Deutschlands Friedensbereitschaft.

Die „Nordd. Allg. Ztg." vom Freitag abend nimmt Stellung zu der Mitteilung des Präsidenten Wilson an die russische Regierung, um die Ziele festzulegen, die die Vereinigten Staaten bei ihrem Eintritt in den Krieg hatten. Das halbamtliche Blatt sagt, die Kriegsziele des Präsidenten Wilson könnten dem Schicksal der Verdunkelung nicht entgehen, wenn man sich die Wandlungen vor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170618-18/fragment/page=0002

gegenwärtigt, die seine Haltung durchgemacht hat. Eine vollkommene Preisgabe der von ihm selbst früher vorgenommenen Feststellungen sei es, wenn er jetzt behauptet, in den Krieg eingetreten zu sein, um die Welt von den Angriffen einer autokratischen Macht zu befreien.

Auch hinsichtlich der Kriegsursachen komme Wilson zu Behauptungen, die ihm fremd waren, die er aber jetzt brauche, um die Kriegsleidenschaft in Rußland neu zu entfachen.

Wenn Präsident Wilson so viel Wert darauf legt, daß das ganze menschliche Geschlecht genau wisse, für welche Zwecke Amerika Krieg führt, dann werde er darauf dringen müssen, daß die Kriegsziele seiner Alliierten durch Publikation der Verträge aller Welt bekanntgemacht werden. Erst dann werde die Welt klar darüber urteilen können, ob die friedlichen und freiheitlichen Ziele, die Präsident Wilson proklamiert, mit den Zielen der Entente noch vereinbar sind.

Rußland will einen Frieden ohne Annexionen und Kriegskontributionen; diese Formel bilde keinerlei Hinderungsgrund für einen Frieden zwischen Rußland und den verbündeten Mächten. Alle bisherigen Kundgebungen der verbündeten Mächte hätten an Klarheit und Bestimmtheit die Ausführungen des Präsidenten Wilson bei weitem übertroffen.

* * *

Neue russische Friedenskundgebung.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der geschäftsführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats als Antwort auf den Brief von Albert Thomas, Henderson und Vandervelde eine Erklärung über das Programm der von dem Arbeiter- und Soldatenrat geplanten internationalen sozialistischen Konferenz veröffentlicht, in welcher er darlegt, daß die russische Revolution die dringende Notwendigkeit eines Friedensschlusses und einer Vereinigung der Arbeiterschaft aller Länder zu diesem Zwecke bewiesen habe, und zwar eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, entgegen den Bestrebungen imperialistischer und militaristischer Interessen. Die Konferenzmitglieder würden sich nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker mühelos über die Zukunft Elsaß-Lothringens und andrer Gebiete einigen und über die Höhe der Entschädigung für die vom Kriege verwüsteten Länder Belgien, Polen, Galizien, Serbien usw. verständigen, die nichts mit einer Entschädigung gemein habe, wie man sie einem besiegten Lande auferlege.

Was die Bedingungen für die Teilnahme an der Konferenz angehe, so verlange der Arbeiter- und Soldatenrat von niemand einen Verzicht auf eine bisher befolgte Politik, halte aber auch eine Verpflichtung, irgendwelchen in Aussicht genommenen Beschlüssen schon vor Beginn der Konferenz zuzustimmen, für unnötig; die Konferenz der Sozialisten könne nur Erfolg haben, wenn ihre Teilnehmer sich nicht als Vertreter von kriegführenden Parteien, sondern als Vertreter einer einheitlichen Arbeiterbewegung für das gemeinsame Ziel eines allgemeinen Friedens betrachteten. —

* * *

Stockholm.

Die Russen kommen.

Das Stockholmer Parteiblatt „Socialdemokraten" veröffentlicht ein Telegramm des Arbeiter- und Soldatenrats an Branting und Huysmans vom 12. Juni, nach welchem seine Abordnung bald nach Stockholm kommt.

*

Gegen Stauning.

Der dänische konservative Minister Rottboell hat auf Beschluß der konservativen Partei dem Ministerpräsidenten ein Schreiben überreicht, in welchem er die Auffassung der konservativen Partei über Staunings Teilnahme an der Stockholmer Konferenz darlegt. Die Partei verlangt, daß Stauning aus dem Ministerium austritt. Geschehe dies nicht, so will die konservative Partei ihren eignen Vertreter Rottboell veranlassen, zurückzutreten. —

* * *

Der Umladebahnhof.

Zu den kleinen Kriegswundern gehören auch die Umladebahnhöfe. Sie sind errichtet, um das „Umsteigen" der Truppentransporte zu ermöglichen. Feldtruppen, die aus der Front kommen, durch Deutschland fahren sollen, um an andrer Stelle wieder in die Schlacht zu gehen, können nicht umsteigen wie ein Reisender, der von einem Bahnsteig zum andern geht und dabei unterwegs zur Erfrischung ein Glas Kriegsbier genehmigt, sie brauchen umfangreiche Einrichtungen und auch kameradschaftliche Hilfe beim Zugwechsel. Denn dieser Wechsel ist bei ihnen auch gleich eine Gelegenheit, den Kulturanstrich wieder einmal zu erneuern.

Wie ein Umladebahnhof beschaffen ist und wie es auf ihm hergeht, das entnehmen wir einem Briefe, den ein Magdeburger Genosse schrieb. Da lesen wir:

„Wir horchten gespannt, als es nach der Befehlsausgabe hieß: „Das Bataillon stellt morgen 200 Mann zu einem Umladekommando. von unsrer Kompanie werden dazu folgende Mannschaften bestimmt." Es kamen die Namen; eigentlich wollte jeder dabei sein. Wenn solch ein Kommando bedeutet Abwechslung und Befreiung vom Drill des Exerzierplatzes.

Es wurde denn auch eine recht lustige Fahrt nach der schönen Stadt, wo unser Umladebahnhof errichtet war. Lieder stiegen und lustige Einfälle, trotzdem wir allesamt alte Kerle waren, meist über die 40 hinaus.

Von dem Hauptbahnhof der Stadt aus müssen wir noch eine halbe Stunde marschieren bis zu dem Umladebahnhof. Hier werden wir eingeteilt. Unsre Mannschaften erhalten den Dienst von früh 5 Uhr bis 11 Uhr mittags.

Am andern Morgen sind wir „eine Viertelstunde vor der Zeit", wie es beim Militär Brauch ist, zur Stelle. Die Wachen werden eingeteilt; der Dienst der andern besteht zunächst darin, in einem großen Wachtlokal zu rauchen, zu lesen, zu erzählen oder zu schlafen. Da kommen Vorgesetzte und ordnen an, daß wir uns bereithalten denn in einer Viertelstunde etwa laufe der erste Zug ein. Erwartungsvoll stehen wir gleich darauf am Gleise und sehen in die Ferne. Endlich taucht der Zug heran. In wenigen Minuten sind die Mannschaften ausgestiegen. Das war ein Aufatmen der braunen Gesellen!

Die Pferde werden abgeschirrt, getränkt und von uns nach einem andern Zuge hinübergeführt. Auch den Tieren waren die Kriegsstrapazen auf den Leib geschrieben. Während wir sie in den einzelnen Waggons wieder unterbringen, begeben sich die Mannschaften nach dem großen Barackenlager. Hier legen sie im Freien Helm, Gewehr, Patronen, Koppel mit Seitengewehr, Kochgeschirr u. a. ab und begeben sich dann nach einer Entlausungsbaracke, wo sämtliche Kleider in riesige Heizräume kommen, während die Stuhe, Stiefel und sonstiges Lederzeug in den Schwefelkammern aufgehängt werden. Unterdessen nehmen die Mannschaften ein Reinigungsbad, essen und trinken reichlich und gut.

Der ganze Aufenthalt dauert auf dem Umladebahnhof etwa 8 Stunden — eine lange Zeit! Aber sie geht — wie man beim Militär sagt — „vom Kriege ab".

Nach der Erfrischung geht es zum neuen Zuge, auf die lange Reise nach einer andern Front, in neue Kämpfe, neue Gefahren. . . .

An einem Morgen haben wir in der Regel drei solcher Züge abzufertigen. Das wird uns nicht schwer, es würde auch gern verrichtet, wenn es mehr wären, denn es fällt immer leicht, müden, verstaubten Kameraden ein wenig Hilfe zu leisten. Wir haben noch reichlich Zeit, uns die kleine Stadt, die sich Umladebahnhof nennt, anzusehen.

Er setzt sich wohl aus einem Dutzend Gebäudegruppen zusammen, die mit Städtenamen bezeichnet sind, wie: Berlin, Aachen, Köln, Frankfurt usw. Dazwischen liegen sogenannte Straßen, zum Beispiel die Konstantinopler Straße, die syrische Straße usw. Es sind fast nur orientalische Bezeichnungen. Ein Rundgang durch das Lager dauert beinahe drei Viertelstunden.

Nach 6 Tagen war unsre Arbeit erledigt.

Am letzten Tage wurden wir selbst „saniert", genau so wie die Truppen, die aus der Front kommen. Sämtliche „Klamotten" werden wieder zusammengepackt und abends geht es zum Hauptbahnhof in den Garnisonort zurück.

Wenn nur erst einmal Truppen „umzuladen" wären, die nicht durch Deutschland hindurchfahren an eine neue Kampffront, sondern vom Umladebahnhof aus eine Reise antreten in ihre deutschen Heimatstädte und friedlichen Dörfer zu neuer friedlicher Arbeit. —

„m"

* * *

Das Schicksal Friedrich Adlers.

Wie bekannt, hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Sozialisten der Mittelmächte gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, eine Bewegung zu entfesseln, um die Hinrichtung Friedrich Adlers zu verhindern. Wie uns jetzt telegraphisch gemeldet wird, wird das über Friedrich Adler gefällte Todesurteil nicht zur Ausführung kommen. Der Gerichtshof hatte sofort nach Fassung des Urteils eine Eingabe an den Obersten Gerichtshof gerichtet, worin die Umwandlung der Todesstrafe in eine mehrjährige Freiheitsstrafe verlangt wurde. Ein solches Anliegen wird immer bewilligt, so daß von einer Vollziehung der Todesstrafe nicht mehr die Rede sein kann. —

* * *

Notizen.

„L 43" verloren. Das Marineluftschiff „L 43" wird, wie der deutsche Admiralstabschef mitteilt, seit dem 14. Juni vermißt. Englischen Nachrichten zufolge wurde das Luftschiff in der Nordsee von englischen Seestreitkräften abgeschossen. Von der Bemannung haben die Engländer, wie sie mitteilen, niemand retten können. —

*

Die Opfer des Fliegerangriffs auf London. In englischen Unterhaus teilte der Staatssekretär des Innern die letzten Berichte über den Luftangriff mit. Einhundertvier (104) Personen sind getötet, 154 schwer, 269 leicht verletzt worden. Im ganzen sind 120 Kinder getötet oder verletzt worden. —

*

Trommelfeuer in Kärnten. Der Wiener Heeresbericht vom Freitag meldet: Bei der Isonzoarmee keine Ereignisse von Belang. In Kärnten steigerte sich das feindliche Artilleriefeuer im Plöcken- und Flitscher Abschnitt zu größter Heftigkeit. Ein gegen unsre Stellungen am Rombon geführter Angriff wurde abgewiesen. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden steigerte sich der Artilleriekampf. —

*

Keine französische Offensive mehr. In der französischen Kammer mußte am Freitag der Kriegsminister Painlevé auf Drängen der Sozialisten und der bürgerlichen Radikalen, der Mehrheitspartei, eine Erklärung abgeben, die den Soldaten versichert, daß keine mörderische Offensive mehr unternommen werden soll, und daß die letzte Aufgabe sich darauf beschränke, solange standzuhalten, bis die heiß ersehnte amerikanische Hilfe eintrifft. —

Unablässige Angriffe.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 16. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Wieder steigerte sich die Kampftätigkeit an der flandrischen Front erst in den Nachmittagsstunden. Starkes Feuer lag in der Gegend von Hallebeke und westlich von Warneton, wo ein englischer Angriff durch die zusammengefaßte Wirkung unsrer Batterien niedergehalten wurde.

An mehreren Stellen der Artoisfront kam es zu heftigen Kämpfen. Nach dem Scheitern der Angriffe am 14. Juni abends griffen gestern morgen die Engländer erneut östlich von Loos an. Anhaltische und altenburgische Bataillone wiesen den Feind ab und warfen ihn im Nahkampf zurück, wo er eingedrungen war.

Auch nordwestlich von Bullecourt wurden die Engländer, die am frühen Morgen bis in unsern zweiten Graben vorstießen, durch einen kräftigen Gegenangriff von dort wieder verdrängt. Heute früh haben sich hier und östlich von Monchy neue Gefechte entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Längs der Aisne und im Westteil der Champagne nahm die Artillerietätigkeit abends erheblich zu und blieb an vielen Stellen auch in der Nacht lebhaft.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Erkundungsvorstöße brachten in der Lothringer Ebene eine Anzahl Gefangener ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine Aenderung der Lage.

An der

mazedonischen Front

hielt sich die Gefechtstätigkeit in mäßigen Grenzen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Angriffe und Gegenangriffe.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 17. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war der Artilleriekampf abends südöstlich von Ypern und nördlich von Armentières stark. Südwestlich von Warneton stießen englische Abteilungen zweimal vor; sie wurden zurückgeschlagen.

Vom Kanal von La Bassée bis zur Bahn Arras—Cambrai herrschte rege Kampftätigkeit der Artillerien. Bei Monchy und Croisilles setzten die Engländer ihre Vorstöße morgens und abends fort. Während der Feind östlich von Monchy glatt abgewiesen wurde, drang er nordwestlich von Bullecourt vorübergehend in unsre Gräben ein. In Gegenstößen, in denen wir über 70 Gefangene einbrachten, wurde die Stellung zurückgewonnen.

Auch südwestlich von Cambrai sowie zwischen Somme und Oise zeigte sich der Feind rührtger als in letzter Zeit

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front schwoll das Feuer zeitweilig zu erheblicher Stärke an.

Am Chemin des Dames brachen abends Sturmtrupps eines bayrischen Regiments in die französische Stellung nordwestlich des Gehöfts Hurtebise, erkämpften sich den Besitz einer Beregnase und hielten sie gegen drei starke Gegenangriffe, 25 französische Jäger mit vier Maschinengewehren wurden hier eingebracht.

In der Champagne war vielfach die Feuertätigkeit rege.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit westlich von Luzk, südöstlich von Zloczow und im Karpathen-Vorland nahm zu. Bei Brzezany wurde ein russischer Erkundungsvorstoß zurückgewiesen.

Mazedonische Front:

In der Struma-Niederung räumten die Engländer mehrere Ortschaften, nachdem sie von ihnen in Brand gesteckt worden waren.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Depeschen.

19500 Tonnen versenkt.

W. T. B. Berlin, 16. Juni. Amtlich. Durch die Tätigkeit unsrer U-Boote auf den nördlichen Seekriegsschauplätzen sind weitere 19500 Br.-R.-T. vernichtet worden. Unter den Schiffen befanden sich u. a. ein englischer Tankdampfer vom Ausehen „Konakry" mit Oel nach England, ferner ein großer, tiefbeladener, bewaffneter Erzdampfer und zwei unbekannte Frachtdampfer, die im Doppelschuß vernichtet wurden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Keine Nahrung an Deutschland.

W. T. B. Bern, 16. Juni. Ein Sonderbericht des „Matin" aus Newyork meldet: Der Senat nahm ein Gesetz an, das dem Präsidenten die Vollmacht über die amerikanische Ausfuhr gibt. Ferner wird der Präsident die Kontrolle über die Handelsschiffe aller Staaten ausüben. Kein Schiff wird künftig ohne besondere Erlaubnis die Häfen der Vereinigten Staaten verlassen noch Waren ausführen können. Die augenblicklich in den Häfen der Vereinigten Staaten liegenden neutralen Schiffe, die aus Furcht vor den deutschen U-Booten nicht ausfahren, müssen die Schiffahrt sofort wieder aufnehmen oder die Häfen der Vereinigten Staaten verlassen. Wilson beabsichtigt, wie das Blatt behauptet, das Gesetz in aller Schärfe anzuwenden und besonders die Ausfuhr an die Neutralen von Europa, die unter der einen oder andern Form Deutschland verproviantierten, schärfstens zu überwachen. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170618-18/fragment/page=0003

Offensive gegen Stockholm.

„Wir werden also nicht nach Stockholm gehen, schreibt Henri Fabre im „Journal du Peuple" (Volkszeitung), oder doch nur auf einem Fragebogen, den wir ausfüllen dürfen. Unsre Gegner triumphieren. Nun bleibt uns nichts andres übrig, als uns zu schlagen und den preußischen Militarismus niederzuringen. Sehr schön. Ich möchte bloß wissen, wie teuer uns die Geschichte zu stehen kommen wird."

Nach einer größern Zensurlücke: „Ich begreife nicht die Gründe, die zu der Offensive gegen Stockholm führen. Französische Abgesandte in Stockholm, das könnte doch immer nur ein schwacher Hoffnungsschimmer einer Friedensmorgenröte sein. Es handelt sich darum, der öffentlichen Meinung in Deutschland den Puls zu fühlen und daraus auf das Gesamtbefinden zu schließen. Wenn, wie man uns immer vorhält, Deutschland wirklich am Ende seiner Kräfte ist, sollte man doch hören dürfen, welche Vorschläge der Hunger macht. Wir sind im Juni. Noch ein paar Monate, und wir werden sehen, ob der deutsche Block zusammengeschweißt wurde. Wenn ja, dann stehen uns noch lange Jahre Krieg in Aussicht. Alle Tagesbefehle, alle noch so patriotischen und geräuschvollen Reden werden an dieser beängstigenden Lage nichts ändern."

Auf einer andern Seite desselben Blattes klagt, von vielen Zensurlücken unterbrochen, ein Liller Bürger: „Wenn nicht Stockholm, was dann? Wir wären nicht die Unglücklichen, die wir sind, wenn man uns nicht belügt wie schon 1914, als man uns bis zur letzten Minute die Siege der Deutschen und die Schnelligkeit ihres Vormarsches verheimlichte. Eine Stunde, nicht mehr, ließ man uns Wehrfähigen, um uns auf und davon zu machen, und sagte, das wäre ja bloß eine Vorsichtsmaßregel, die Deutschen würden nie nach Lille kommen, und wenn schon, würden sie sofort wieder hinausgeworfen werden. Sie erinnern sich doch noch an den Heeresbericht vom 13. Oktober 1914, der ganz beiläufig die Einnahme von Lille erwähnte, als hätte das nicht das mindeste auf sich, und die ernstesten Blätter versicherten, daß die Besetzung nur vorübergehend sein könnte. So haben die meisten unter uns alles im Stiche lassen müssen, was ihnen teuer war. Nichts konnte in Sicherheit gebracht werden. Und jetzt sagt man uns, wiederholt man uns, wir müßten bis zum Ende durchhalten! Bis zum Ende, wovon? Bis zum Ende, von wem? Das sagt sich leicht, wenn man Journalist ist, der seine Phrasen herunterdrischt, oder ein Großer der Republik, der in Palästen wohnt. Aber uns andre muß man schon entschuldigen, wenn wir nicht ganz derselben Gemütsverfassung sind. Bloß wir haben nicht das Wort und fragen uns vergebens, was wir verbrochen haben, um nicht das Wort nehmen zu können. Wir bedauern tief, von Leuten regiert zu werden, die keine wissenschaftliche Schulung besitzen. Ehe man einen verurteilt, sollte man ihn doch erst hören."

Viviani und Ribot haben darauf die alte Antwort gegeben: Bis zum Ende, bis zum Frieden durch den Sieg. Und die Kammer hat ihnen zugestimmt. —

* * *

Was Frankreich hofft . . .

„Da ist der Optimist," schreibt Hauptmann Alceste im Leitartikel des Pariser „Oeuvre", „der mit der Faust auf den Kaffeehaustisch schlägt und erklärt: „Ein anständiger Friede muß uns nicht bloß Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer zurückgeben. Köln, Bonn, Koblenz und Mainz werden französische Garnisonstädte. Man liebt uns dort sehr, noch in Erinnerung an Napoleon. Natürlich bekommen wir auch Kriegsentschädigung: 100 Milliarden samt Zinsen vom 3. August 1914 ab. Aber das alles ist noch nichts. Der Kaiser wird vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt werden. Die einzige Schwierigkeit wird die Wahl der Todesart bereiten, ob er besser gehängt oder erschossen wird. Ein Friede, der uns nicht wenigstens diese Genugtuung verschafft, wäre ein schimpflicher Friede. Kellner! noch einen Wermut!"

Dann haben wir den Pessimisten, der einen tiefschmerzlichen Seufzer ausstößt und klagend anhebt: „Frieden? Ich weiß schon heute, wie's kommen wird. Die Sache ist sehr einfach. Wir werden nichts von der ganzen Geschichte haben und müssen noch froh sein, wenn sie uns die Augen lassen, um zu weinen. Elsaß-Lothringen? Das linke Rheinufer? Warum nicht lieber gleich den Mond! Und was eine Kriegsentschädigung anbetrifft, so werden wir auch nicht einen roten Heller zu sehen kriegen. Wir werden alle auf den Hund kommen. Wenn man hört, wie diese Wirrköpfe davon sprechen, dem Kaiser und dem Kronprinzen den Prozeß zu machen, gar nicht zu reden von all den Herzögen, Prinzen, Grafen und Baronen, mit denen sie aufräumen wollen, kann man sich nur an den Kopf fassen. Die Gendarmen sind noch nicht geboren, die ihnen die Handschellen anlegen. Mit all dem Zeuge will man das Volk bloß dumm machen. Paßt mal auf, ob ich nicht recht behalte. Es kommt nichts bei der ganzen Geschichte heraus. In zwanzig Jahren kann's dann von neuem losgehen . . . Kellner, einen Kamillentee!"

So wird, fügt das Blatt hinzu, nicht etwa nur in den Kaffeehäusern gesprochen, nein, auch in den Gängen der Kammer, in den Redaktionsstuben, in den Salons, in den Ateliers, bei allen Gelegenheiten, wo Menschen zusammenkommen und sich aussprechen."

Nach einer größern Zensurlücke heißt es dann:

„Was andern die Luftschlösser, das sind uns die Burgen am Rhein. Es ist so hübsch, den Mund recht voll zu nehmen. Dann hören einem die Leute besser zu. Der Optimist wie der Pessimist, diese Propheten unsrer Zeit, wollen Eindruck machen. Werden wir alles erreichen? Werden wir nichts erreichen? Ich denke, wir sollten zufrieden sein, etwas zu erreichen. Aber gesunden Menschenverstand zu beweisen, nicht die Illusionen der einen zu nähren und nicht der Neurasthenie der andern zu schmeicheln, nicht das gelobte Land vor die Blicke zu zaubern und keine Jeremiaden über den endgültigen Untergang Frankreichs anzustimmen, das ist eine Aufgabe, die den Leuten viel zu undankbar ist.

Himmelhoch jauchzen, zu Tode betrübt. Ein Mittelding gibt es heute nicht in Frankreich. Das aber ist eine gar gefährliche Geistesverfassung, wo es um das Ganze geht." —

„m"

* * *

Marschleistungen.

Die großen Erfolge, die die Deutschen am Anfang des Krieges in Belgien und Frankreich, dann später in Polen, der Baltenmark, in Galizien und in Rumänien zu verzeichnen haben, kommen zu einem wesentlichen Teil auf die Rechnung der Friße unsrer Infanterietruppen. Darum dürfte eine kleine Betrachtung über die einzelnen Marschleistungen bei den Heeren der am Kriege meistbeteiligten Staaten nicht ohne Interesse sein. Man kann ihre Berechnung vornehmen an Hand der Marschgeschwindigkeit und Schrittweite des einzelnen Mannes in geschlossener Formation, die beide in gewissem Sinne vorgeschrieben sind. Die Zahlen geben natürlich den Durchschnitt.

Da ist zunächst der deutsche Soldat. Bei einer Schrittlänge von 80 Zentimetern macht er in der Minute 114 Schritte. Auf die Stunde umgerechnet ergibt das insgesamt eine Wegstrecke von 5,4 Kilometern. Ein Tagesmarsch von 30 Kilometern bedeutet also für den Deutschen das Normale, das aber gerade in diesem Kriege sehr oft erheblich überschritten wurde, denn wir wissen von Märschen, die 50 und mehr Kilometer pro Tag betrugen. Ein wenig schneller, dafür aber kürzer, schreitet der österreichisch-ungarische Infanterist aus. Er macht in der Minute 115 Schritte von je 75 Zentimetern Länge. Seine durchschnittliche Stundenstrecke kann auf 5,1 Kilometer berechnet werden. Auf die gleiche Kilometerzahl wie der Deutsche bringen es der Franzose und der Italiener, nämlich auf 5,4 Kilometer, obwohl sie auch nur 75 Zentimeter weit ausschreiten, aber 120 Schritte in der Minute machen. Weitaus am schnellsten vor allen andern Soldaten geht der Bersaglieri. Seine Schrittzahl beträgt in der Minute 140 bei je 86 Zentimeter Länge, so daß er in einer Stunde 7,2 Kilometer zurücklegt. Diese Zahlen sind wohl auch auf das sehr leichte Ausrüstungsgepäck zurückzuführen, das dieser Soldat zu tragen hat.

Der russische Soldat erscheint im Gegensatz zu den vorigen als der am langsamsten Marschierende. Seine Schrittlänge beträgt nur 71 Zentimeter, seine Schrittzahl in der Minute schwankt zwischen 112 und 116, seine Stundenleistung bewegt sich zwischen 4,7 und 5 Kilometern. Es mag sein, daß an diesem geringsten Leistungsvermögen zu einem guten Teile die miserabeln russischen Straßenverhältnisse schuld sind. Von den englischen Soldaten fehlen noch genaue Angaben über die Marschleistungen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung über den Verkaufsschluß auf dem am 21. und 22. Juni d. J. auf dem Roßplatz stattfindenden Krammarkt.

Es wird darauf hingewiesen, daß zu dem am 21. und 22. Juni d. J. stattfindenden Jahrmarkt nach der Verordnung des stellv. Reichskanzlers vom 11. Dezember 1916 (R.-G.-Bl. S. 1355) **alle offenen Verkaufsstellen, mit Ausnahme derjenigen für Lebensmittel, um 7 Uhr abends zu schließen sind.**

Halle, den 15. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Montag den 18. Juni 1917.

Zum Kaufe sind berechtigt die Nummern der **neuen** Lebensmittelscheine **10501—16000** vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Nummern **16001—21000** nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

Für den Kopf eines Haushalts werden **zwei Eier abgegeben zum Preise von 28 Pfennig für das Stück.**

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen!

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Umtausch nur **innerhalb 3 Tagen.**

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Versorgungsregelung für die Woche vom 18. bis 24. Juni 1917.

Auf Grund der §§ 47 und 49 der Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni 1916 (R.-G.-Bl. S. 590), der Verordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung und gemäß der Verordnung des Magistrats vom 15. September 1916 wird für den Stadtbezirk Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

In der Woche vom 18. bis 24. Juni dürfen auf den Abschnitt 10 der Kartoffelkarte die fünf Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Die Verkäufer haben beim Verkauf diesen Abschnitt von der Kartoffelkarte abzutrennen und den Verkauf in der vorgeschriebenen Weise im Lebensmittelschein (Rubrik Kartoffeln) ersichtlich zu machen. Von der Kartoffelkarte bereits abgetrennte Abschnitte sind ungültig und daher von den Verkäufern zurückzuweisen.

§ 2.

Schwerst-, Schwerarbeiter und in Halle beschäftigte auswärtige Schwerstarbeiter dürfen auf den Abschnitt 8 der violetten Karte fünf Pfund, auf Abschnitt 8 der dunkelgelben Kartoffelkarte vier Pfund, auf den Abschnitt 8 der grünen Kartoffelkarte ein Pfund Kartoffeln kaufen. An diese Personen darf die Ware gegen Vorlage und Einziehung der von der Karte bereits abgetrennten Abschnitte der Zusatzkarte abgegeben werden. Die Abschnitte der Zusatzkarte zeigen in violetter Farbe für Schwerstarbeiter, in dunkelgelber Farbe für Schwerarbeiter, in grüner Farbe für auswärtige Schwerstarbeiter die Angabe der Woche für die sie gelten. Auf die Abschnitte in violetter Farbe dürfen fünf, auf jene in gelber Farbe vier, auf die Abschnitte in grüner Farbe ein Pfund Kartoffeln abgegeben werden.

§ 3.

Die Verkäufer haben die Abschnitte der Kartoffelkarten am Dienstag den 26. Juni dem Stadt-Ernährungsamt in der vorgeschriebenen Weise gebündelt abzuliefern.

§ 4.

In der Woche vom 18. bis 24. Juni gelangen außerdem noch zur Verteilung für den Kopf der Bevölkerung: ¼ Pfund Graupen, ½ Pfund Kriegsmus, ¼ Pfund Haferflocken. Die nähere Regelung erfolgt durch besondere Bekanntmachung.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung, die mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit tritt, werden nach § 16 der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1916 bzw. nach § 17 der Verordnung über Preisprüfungsstellen gestraft.

Halle, den 15. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die Verteilung der Butter in der Woche vom 18. bis 24. Juni 1917 (48. Woche) folgendermaßen geregelt:

Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 55 Gramm. Die Menge, welche an die einzelnen Haushalte abgegeben werden kann, bestimmt sich nach der Zahl der Angehörigen des Haushalts, die sich aus der Fettkarte ergibt.

Der Verkauf beginnt am Dienstag den 19. Juni. Er erfolgt auf Grund des für die 48. Woche gültigen Abschnitts der Fettkarte in den Geschäften, in denen die Kleinbutter in die Kundenliste eingetragen worden sind.

Der Verkäufer hat beim Verkauf den Abschnitt der 48. Woche der Fettkarte abzutrennen und den Verkauf in der Kundenliste anzumerken. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22 III, Zimmer 42, am Montag den 25. Juni 1917 abzuliefern.

Militär-Urlauber erhalten die Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt (Talamtschule).

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Es ist amtlich festgestellt, daß die hier Neumarktstraße 10 wohnhafte Kleinhändlerin Frau Henriette Linke, der ergangenen Bekanntmachung des Magistrats ungeachtet, städtische Lebensmittel **ohne** Warenbezugsschein abgegeben hat. Es wird ihr daher vom 23. Juni 1917 an gemäß § 12 und 17 der Verordnung des Bundesrats vom 25. Septbr./4. Novbr. 1915 der Verkauf städtischer Lebensmittel entzogen. An diejenigen Personen, welche bei Frau Linke als Kunden eingetragen sind, ergeht daher die Aufforderung, spätestens bis zum 23. Juni 1917 sich bei einem neuen Kleinhändler anzumelden und in Zukunft bei diesem die von der Stadt zur Verteilung kommenden Waren zu entnehmen. Die in der Woche vom 18. bis 23. Juni 1917 zum Verkauf gelangenden Waren können noch bei Frau Linke bezogen werden; eine Belieferung derselben nach dem 23. Juni mit städtischen Waren findet nicht mehr statt.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Um eine schnellere und gleichmäßigere Versorgung der Haushaltungen mit Kohle zu ermöglichen, wird hierdurch unter Hinweis auf unsre Verordnung vom 28. April d. J. und mit teilweiser Abändrung dieser Verordnung folgendes verordnet:

1. An einen Haushalt darf auf Jahresscheine **bis zum 1. September nur höchstens ein Drittel der ihm zugeteilten Menge,** und zwar bei Jahresmengen unter 100 Zentner nicht mehr als etwa 30 Zentner, bei größeren Jahresmengen nicht mehr als etwa 60 Zentner geliefert werden.
2. An einen Haushalt werden bei Benutzung von grünen Teilscheinen zum Selbstabholen der Kohle bis 1. September nicht mehr als zwei solcher Teilscheine ausgegeben.
3. Auch für Behörden, Anstalten und Geschäfte werden bis zum 1. September nur Bezugsscheine auf etwa ½ des Jahresbedarfs ausgestellt. Die Ausgabe der Scheine geschieht wie bisher in der Ortskohlenstelle auf Antrag.
4. Der Bezug von Zechenkoks und Steinkohle bleibt wie seither bezugsscheinfrei, doch wird den Kohlenhändlern verboten, bis zum 1. September mehr als höchstens ⅓ des Jahresbedarfs zu liefern.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Wir bringen unsre Verordnung vom 21. Dezember 1915 in Erinnerung. § 1 dieser Verordnung bestimmt:

Wer Waren im Kleinhandel feilhält, für die Kleinhandels-**Höchstpreise festgesetzt** sind, hat in seinem Laden oder an seinem Verkaufsstand ein **Verzeichnis dieser Höchstpreise** auszuhängen. Der Aushang ist an einer jedem Käufer in die Augen fallenden Stelle anzubringen und muß auch aus einiger Entfernung gut lesbar sein.

Die Verordnung vom 10. April 1916, wonach zu diesem Aushang die von der **Preisprüfungsstelle gelieferten Tafeln** zu benutzen sind, **wird aufgehoben.** — Die Kleinhändler haben **selbst** Sorge zu tragen für die Anfertigung von **gut lesbaren** Verzeichnissen **aller** derjenigen von ihnen angebotenen Waren, für welche **Höchstpreise** festgesetzt sind.

Zuwiderhandlungen haben Bestrafung bis zu 150 Mark in Geld oder bis zu 4 Wochen Haft zur Folge.

Halle den 14. Juni 1917.

Die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Graupen** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Montag den 18. Juni 1917. Für jede Person eines Haushalts kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 30 Pfennig für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchem sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 55 des Warenbezugsscheins VI zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt **Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links)** binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Septbr./4. Novbr. 1915.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Kunsthonig** wie folgt geregelt:

Der Verkauf ist auf Mittwoch den 20. Juni festgesetzt. Wegen der warmen Witterung können die jetzigen Kleinhändler, welche bereits mit Kunsthonig versehen sind, schon am Montag den 18. Juni mit dem Verkauf beginnen.

Für jede Person eines Haushalts kann ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 56 Pfennig für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Kunsthonig einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 56 des Warenbezugsscheins 6 zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, **Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links,** binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes abzugeben.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Der Verkauf des von der Stadt überwiesenen **Edamer Käses** wird am **Montag den 18. Juni in der Talamtschule** fortgesetzt, und zwar:

vormittags von 8 bis 12 Uhr auf die Nr. 24501 bis 27000
nachmittags von 2 bis 6 Uhr auf die Nr. 27001 bis 31500
der **neuen Lebensmittelscheine.**

Für jede Person eines Haushalts wird ⅛ **Pfund** zum Preise von **45 Pfg.** abgegeben.

Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Zuckermüller oder Arbeiter

die das Zuckermahlen erlernen wollen, stellen sofort in dauernde Beschäftigung ein 3309

Püpcke & Berner, Akt.-Ges., Halle-Diemitz.

Bad Wittekind.

Dienstag den 19. Juni, nachmittags 3½ Uhr

Kur-Konzert

vom **Stadttheater-Orchester.** Leitung: Kapellmstr. **Karl Köhren.**

— Eintrittspreis pro Person 35 Pfennig. —

Mittwoch den 20. Juni, abends 8 Uhr

Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des 13. Landst.-Inf.-Ersatzbataill. (IV/81).

Leitung: Musikmeister **R. Höning.**

Eintrittspreis 35 Pfennig. Dauerkarten sind gültig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191706 18-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 15. Halle, Montag den 18. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. Juni 1917.

Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins.

Nachdem am 15. Mai an Stelle der aus dem Verein und der Partei ausgetretenen bisherigen örtlichen Parteileitung eine vorläufige Verwaltung gewählt worden war, fand am Sonnabend ein Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis statt. Sämtliche Distrikte waren durch ihre Distriktsführer und je einen Delegierten vertreten.

Als Vorsitzender erstattete Genosse H. Garbe Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes. Es sei vorauszusehen gewesen, daß die Fortführung des Vereins zunächst mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben würde. In Wirklichkeit seien dieselben aber noch größer gewesen, als erwartet werden konnte. In manchen Betrieben werden unsre Vereinsmitglieder von den Unabhängigen terrorisiert. Aber auch das hat nicht hindern können, daß das Netz der Organisation in Halle und einigen Nachbarorten in kürzester Zeit wieder hergestellt worden und die Organisation bereits wieder leistungsfähig ist. Das Schwerste ist überstanden. Mit froher Zuversicht dürfen wir in die Zukunft blicken. Die unverdrossene Arbeit unsrer Genossen und Genossinnen verbürgt den Erfolg. Die Zeit wird kommen, in welcher Klarheit und Wahrheit in die Köpfe dringt und viele von denen in unsre Reihen zurückführen wird, die zwar im besten Glauben, aber veranlaßt durch falsche Voraussetzungen über unser Sein und Wollen, sich glaubten von der Partei trennen zu sollen.

Ueber die Presse referierte Genosse Kochanski. Unsre „Volksstimme", so führte er aus, entspricht unsern Erwartungen noch nicht. Das bisherige Fehlen einer redaktionellen Kraft, die ihre ganze Zeit dem Blatte widmen kann, hat zu lästigen Unzuträglichkeiten geführt. Daß der Druck des Blattes zurzeit noch in Magdeburg erfolgt, hat weitere Erschwerungen nach sich gezogen. Trotzdem ist der feste Abonnentenstand zufriedenstellend und höher, als für den Anfang angenommen worden war. Der erhebliche Verkauf von Einzelnummern läßt erhoffen, daß die „Volksstimme" sich bald genug einen festen Stand errungen haben wird. Das wird um so schneller und umfassender geschehen, je rascher die Redakteurfrage gelöst und vom Druckort die sichere Zusage erlangt wird, daß die „Volksstimme" politisch durchaus aktuell ist. Ein Vorkommnis wie dieser Tage, daß der Vorgang in Griechenland erst am nächsten Tage behandelt wurde, darf sich nicht wiederholen. Unsre Leser sind gewiß geneigt, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, unter denen wir das Blatt herausgeben. Aber ein so wichtiges politisches Ereignis durfte unter keinen Umständen unsern Lesern um einen Tag verspätet mitgeteilt werden. Es wird zu erwägen sein, ob wir vorerst das Blatt nicht lieber erst mit dem Nachmittagszug aus Magdeburg herfenden lassen, nicht wie jetzt mit dem Mittagszug, wenn dadurch die Sicherheit gewonnen wird, daß der politische Teil durchaus aktuell ist. Daß die Artikel unsrer „Volksstimme", namentlich auch die Leitartikel, gern gelesen werden, dafür liegen genügende Beweise vor. Zum Pessimismus haben wir keinerlei Anlaß. Wir dürfen im Gegenteil getrosten Mutes der Zukunft und unsrer guten Sache vertrauen. Aber wir dürfen die Augen nicht vor bestehenden Mängeln verschließen, müssen sie offen zur Sprache bringen und für ihre Abstellung sorgen. Auch mit den Bekanntmachungen, die sich auf die Ernährung beziehen, dürfen wir nicht dauernd nachhinken.

An der lebhaften und vom Geiste des gemeinsamen Interesses getragenen Aussprache über die Presse beteiligten sich zahlreiche Genossen. Schließlich fand ein Antrag Thiele einstimmige Annahme, welcher die Vereinsleitung in Verbindung mit der Preßkommission beauftragt, die Redakteurfrage sofort zu regeln, mit dem Druckort Vereinbarungen zu treffen, welche die Sicherheit gewähren, daß der politische Teil aktuell ist und über die getroffenen Maßnahmen der nächsten Vereinsversammlung Bericht zu erstatten.

Die meisten Redner hatten sich dafür ausgesprochen, daß wir lieber die „Volksstimme" erst abends nach 7 Uhr austragen lassen wollen, wenn dadurch die gerügten Mißstände beseitigt werden können. In den Sommermonaten würde das unbeanstandet geschehen können.

Die Wahlen zum Vorstand und zu den Ausschüssen hatten folgendes Ergebnis: Zum ersten Vorsitzenden wurde, nachdem Genosse Garbe erklärt hatte, daß seine häufige Abwesenheit vom Orte ihm nicht gestatte, dieses Amt fortzuführen, Genosse Adolf Thiele gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden und Schriftführer Genosse Kleeis, zum Kassierer Genosse Wilhelm Heine; Beisitzer bleiben die Genossen Emmer Dölitz, Müller (Ammendorf) und Seidel (Nietleben). Die Preßkommission setzt sich zusammen aus den Genossen Dölitz, Emmrich, Garbe, Koch, Martin, Pösche (Ammendorf) und Witters. Revisoren sind die Genossen Vandermann, Mandel und Schting. Zum Bezirksvorstand gehören die Genossen Garbe, Stöhr und Voß. Als Delegierter zum Parteitag am 12. August war in erster Linie Genosse Witters vorgeschlagen. Da er jedoch einwendete, es werde ihm nicht möglich sein, jetzt einen so langen Urlaub zu bekommen, und nachdem Genosse Martin dasselbe Bedenken erhoben hatte, wurde Genosse Garbe gewählt. Den Genossinnen wird demnächst Gelegenheit gegeben werden, aus ihren Reihen eine Vertreterin zum Beirat und eine Delegiertin zum Frauentag zu wählen.

Eine Kommission zur Durchsicht des Vereinsstatuts und zu dessen Anpassung an die bestehenden Verhältnisse wurde auf Antrag des Genossen Schnabel eingesetzt. Ihr gehören an die Genossen Dölitz, Garbe, Martin, Stöhr und Schnabel. Sie konstituierte sich sofort und wählte Schnabel zum Vorsitzenden.

Von verschiedenen Seiten wurden wiederum Fälle mitgeteilt, in denen die Unabhängigen bei unsern Mitgliedern Vereinsbeiträge einzukassieren suchten. Das ist auch bei Genossen geschehen, von denen ganz genau bekannt ist, daß sie nicht zu den Unabhängigen übergetreten sind. Es wurde der Wunsch geäußert, daß solchem Vorgehen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werde.

Mit der freudig gegebenen Zusicherung, daß jeder seine Kraft in den Dienst unsrer Partei und die Entwicklung unsers Blattes stellen wolle, wurde der Kreistag geschlossen.

In einer sich unmittelbar anschließenden Besprechung des Vorstandes und der Funktionäre wurde dann noch die Redakteur-Frage geregelt. Ein Genosse, der in erster Linie ausersehen war, zurzeit aber in der Kriegsindustrie tätig ist, war leider nicht freigegeben worden. Von den andern vorliegenden Bewerbungen wurde die des Genossen Wendemuth bevorzugt. Er wird dieser Tage die Redaktion übernehmen. —

Auf die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins,

die heute Montag abend im „Volkspark" stattfindet, sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Genosse Otto Hue spricht über „Die Bedeutung der kapitalistischen Kartelle, Truste und Monopole". Jeder weiß, daß der internationale Kapitalismus der wirkliche Schuldige an dem entsetzlichen Völkermorden ist, das seit 3 Jahren Europa zerfleischt und entkräftet. Schon aus diesem Grunde ist es von Wert, in die tieferen Geheimnisse der kapitalistischen Fruchtbildungen, wie sie durch die Kartelle, Ringe, Syndikate, Truste und Monopole dargestellt werden, eingeweiht zu werden. Und Genosse Hue ist eine berufene Kraft, über das Thema zu sprechen. Da die Polizeistunde den Schluß der Versammlung um 11 Uhr bedingt, wird sie pünktlich ½9 Uhr beginnen — Gäste haben Zutritt, auch solche, die unsrer Partei nicht angehören. —

Zur Parteispaltung in Halle.

Sollten das Scherze sein? Nach dem Bericht des „Volksblattes" über eine Versammlung der hiesigen Unabhängigen am vorigen Donnerstag hat deren Vorsitzender Albrecht „treffend den Widerspruch charakterisiert, den Garbe und Genossen sich zuschulden kommen lassen". Gerade sie hätten vorher am lautesten „ausposaunt", die Minderheit müsse sich unter allen Umständen der Mehrheit fügen; als aber am 6. Mai der Kreistag mit 116 gegen 13 Stimmen den Anschluß an die Unabhängigen beschlossen habe, hätten sie sich nicht gefügt. Das sei „ein krasser Widerspruch gegenüber dem bisherigen Gerede". — Liegt auch ein mildernder Umstand darin, daß Albrecht es war, der sich so äußerte, so läßt doch die Tatsache, daß die Redaktion des „Volksblattes" diese unglaubliche Begriffsverwirrung unkommentiert wiedergibt, darauf schließen, daß auch sie mit dem Gesagten einverstanden ist. Das entspricht nun freilich lediglich der konsequenten Unlogik, die seit Jahr und Tag vom „Volksblatt" verzapft wird, aber es erscheint doch zweckmäßig, mit einem Worte darauf einzugehen.

Wenn wir heute wie gestern und morgen mit aller Entschiedenheit betonen, daß sich die Minderheit in einem demokratischen Gemeinwesen in der Aktion, nicht in der Meinung, unter allen Umständen der Mehrheit zu fügen habe, so kann das selbstverständlich nur Bezug haben auf Beschlüsse, die im Gemeinwesen und für dasselbe gefaßt werden. Wenn aber der Teil einer Körperschaft, er sei größer oder kleiner, beschließt, aus derselben auszutreten, ein neues Gemeinwesen zu gründen, so kann — sagen wir es geradeheraus — nur ein Narr fordern, der Grundsatz, die Minderheit solle sich der Mehrheit fügen, müsse auch auf diesen Fall Anwendung finden. Das ist so unsinnig, daß man wirklich geneigt ist, das Ganze für einen mißlungenen Scherz zu halten. Der Tollheit wird die Krone aufgesetzt durch die Erwägung, daß es doch ganz zweifellos die Unabhängigen waren und sind, die sich der Parteimehrheit zuerst nicht gefügt haben. Unter Mißachtung der demokratischen Grundlage für jede Gemeinarbeit trennten sie sich von der Gesamtpartei. Und nun fordern dieselben Leute, die das Sichfügen der Minderheit unter die Mehrheit soeben durchbrochen haben, die Mehrheit solle sich dort, wo sie örtlich in der Minderheit ist, dieser unterwerfen. Höher geht's wirklich nicht. Und trotzdem werden die Betreffenden ihre Verranntheit nicht eingestehen; sie dürfen das nicht tun, weil sonst das ganze Gerüst krachend zusammenbrächt, das sie sich errichtet haben.

Der gleiche Bericht des „Volksblattes" gibt dann noch längere Ausführungen wieder, die Redakteur Hennig in der gleichen Versammlung gemacht hat. Daß er uns die „Abgesplitterten" nennt, die anscheinend keine Ahnung hätten von den sachlichen Unterschieden, die seit Jahren in der Partei bestehen, sei ihm gern nachgesehen. Er gestatte uns, nur daran zu erinnern, daß er selbst im Herbst 1914 trotz dieser „sachlichen" Unterschiede die Kreditbewilligung für richtig erklärt hat. Dann hat sich Hennig beschwert über die Kampfesweise unsrer „Volksstimme" gegen das „Volksblatt", insbesondere gegen ihn und einen Arbeiter". Keine Notiz erscheine „ohne ein paar faustdicke Unterstellungen und kräftige Schimpfereien". Es sei natürlich „ganz ausgeschlossen", daß er „auf dieses Niveau herabsteigen könne". Der Kalo des „Volksblattes", der freilich immer auch anders kann, wenn es sein muß, ist nie amüsanter, als wenn er sich mit der Toga des guten Tons umhüllt. Er, der seit Jahr und Tag uns in wüstester Weise, ohne nur die Spur wirklicher Beweise beizubringen, der schwersten Verdächtigungen an der Partei und dem Proletariat bezichtigt, kann „natürlich" nicht auf unser Niveau „herabsteigen". Und wie steht es in Wirklichkeit um die „faustdicken Unterstellungen" und „kräftigen Schimpfereien"? Gesagt hat Hennig das nach seinem eignen Bericht. Aber angeführt hat er nur „eine Blütenlese von Kraftausdrücken". Daß wir Kraftausdrücke gebraucht haben und auch fernerhin werden gebrauchen, daß wir den „Arbeiter", von dem Hennig gesprochen hat, nämlich Bunje, eine aufgeblasene Null genannt haben und Hennig selbst für einen politischen Kindskopf halten, verhehlen wir nicht. Das mögen Kraftausdrücke sein, aber sie sollen. Werturteile darstellen, haben also nichts gemein mit Schimpfereien im üblichen Sinne. Wer jedoch will, mag die Ausdrücke immerhin so nennen; wir hindern ihn nicht daran. Hennig soll aber eine einzige der „faustdicken Unterstellungen", die angeblich jede Notiz der „Volksstimme" enthält, anführen. Er wird zu seinen Worten stehen müssen, wenn ihn nicht der Vorwurf bewußter Unwahrheit treffen soll.

Unsrer „Volksstimme" fällt die Aufgabe zu, den Wust von falschen Vorstellungen und direkten Verleumdungen unsrer Partei zu zertrümmern, den das „Volksblatt" unter Hennigs Leitung, in starrer Beharrlichkeit aufgetürmt hat. Wir werden diese Aufgabe gerecht werden, mag man sich darüber auf der andern Seite ärgern oder freuen. Wir bleiben sachlich, wo das möglich ist und werden persönlich werden müssen, wo das nicht umgangen werden kann. Die unerläßliche Auseinandersetzung mit den Un-

Der Tanz des Todes.

Von W. Wladimirow.

Aus dem Russischen von Viktor Kalinowski.

(3. Fortsetzung.)

Die militärische Eskorte forderte ihn in barschem Ton auf, den Platz zu verlassen. Er bewegte sich nicht, sah nicht, was um ihn vorging. Wie verzaubert stand er da! Gewaltsam führte man ihn hinaus. Die Soldaten faßten ihn unter die Arme und halfen ihm von hinten mit Gewehrkolben nach. Tags darauf berichteten die Morgenblätter, der Arbeiter Theophil Jaronowski aus Lodz, ein Deutscher, wurde vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang wegen Mordversuchs an einem Kosaken verurteilt.

Am nämlichen Tage mittags spielte sich vor dem Portal des Gerichtsgebäudes folgende Szene ab: es erschien eine ärmlich gekleidete Frau, eine Greisin, und lenkte ihre Schritte stracks der Eingangstür zu. Bajonette kreuzten sich vor ihr, während die Wache sie flegelhaft anherrschte:

„Was willst Du hier, satanische Bettel? Wo ist die Einlaßkarte?"

„Welche Einlaßkarte?" war die strenge Antwort. „Ich muß mit dem Gericht, den Generalen, sprechen. Einen unschuldigen Menschen verurteilen sie zum Tode! ... Wozu also die Einlaßkarte? ... Platz da!"

Sie achtete nicht auf die drohende Haltung der Soldaten, sondern versuchte den Eingang zu erreichen. Die Soldaten waren aber unerbittlich.

In diesem Augenblick kam zufällig ein Gerichtssekretär heraus. Die arme Frau flehte ihn kniefällig an:

„Hochverehrter Herr! Hängen Sie oder morden Sie mich, aber erhören Sie meine Bitte! Jaronowski hatte nach dem Kosaken nicht geschossen, sondern ein ganz andrer Mann. Ich werde ihn nennen und Beweise vorlegen, denn mit eignen Augen habe ich das gesehen. Jaronowski ist vollständig unschuldig! Laßt ihn nicht hinrichten! Ich schwieg so lange, weil ich dachte, Ihr werdet einen völlig schuldlosen Menschen nicht zum Tode verurteilen. Aber das ist jetzt geschehen ... ich täuschte mich ... deshalb kam ich, ihn zu retten ..."

Die Frau nannte den wirklich Schuldigen. Nach seiner Inhaftierung bekannte er seine Schuld.

Das Urteil wurde an Jaronowski nicht vollzogen, vielmehr wurde die Sache einem neuen Verfahren überwiesen.

Allzuoft kamen ähnliche Fälle vor.

Es wurde z. B. ein gewisser Oranowski wegen Ermordung eines Gendarmen zum Tode verurteilt. Als Verteidiger fungierte der vereidigte Advokat Berson. Nach der Urteilsverkündung fand man den wirklichen Täter. Glücklicherweise hatte man das Urteil noch nicht vollstreckt. Aehnlich erging es dem Arbeiter Pilaschek. Zuerst verurteilte ihn das Gericht zum Tode durch den Strang, dann untersuchte es die Angelegenheit von neuem und verurteilte ihn zur Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken; wieder wurde seine Sache untersucht, infolgedessen er den Strafkolonien eingereiht werden sollte, bis er endlich nur noch zwei Monate Gefängnis erhielt. Seine Verteidigung führte der vereidigte Advokat Lemanski.

In einem andern Falle überantwortete man dem Tode einen gewissen Rolnik, der aber später freigesprochen werden mußte. Der vereidigte Advokat Sborowski fungierte als sein Verteidiger.

Wegen Ermordung des Bezirksvorstehers von Nowominsk verurteilte man zum Tode durch den Strang fünf junge Leute: Wojciechowski, Jaworski, Schamborski, Schuba und Piorunkevitsch. Am Tage nach der Urteilsverkündung wurde der wirkliche Täter dingfest gemacht. Diese Angelegenheit führte der vereidigte Advokat Lemanski.

Schon aus den paar angegebenen Beispielen ist zu ersehen, wieviel unschuldige Menschen zum Tode verurteilt wurden. Nur ein glücklicher Umstand rettete sie vor dem Tode, den schon andre Opfer eines im Blute watenden Gerichts am Galgen erleiden mußten.

Es genügt zu hören, wie der älteste Henker, der Kriegsgerichtsvorsitzende General Doroschewski, das Urteil verliest. Befriedigung durchzittert seine Stimme. Langsam spricht er jedes Wort aus und mit Wohlgefallen betont er die Stellen, die eine verhängnisvolle Bedeutung haben. Aufmerksam hört er seiner eignen Stimme zu. Dann ergötzt er sich. Hin und wieder herrscht er mit lauter Stimme die Angeklagten und die Verteidiger an. Bei den Worten: „Das Gericht erkennt auf Verlust der staatsbürgerlichen Rechte ..." macht er eine lange Pause und blickt den zum Tode Verurteilten gerade ins Gesicht, indem er sich an ihren quälerisch erwartungsvollen Mienen weidet. Mit einem leichten Lächeln in den Mundwinkeln setzt er dann hinzu: „und verurteilt den Angeklagten zum Tode!" Die letzten Worte spricht er mit so lauter Stimme aus, daß es mit donnerndem Echo im ganzen Saale schallt, an den hohen Säulen sich bricht und die Herzen der Verurteilten mit Angst und Schrecken erfüllt. Doch der Henker triumphiert.

Es ist überaus schwer, noch grausamere und böswilligere Menschen zu finden, wie es die Generale Doroschewski, Schwejkowski und Milkow sind. Solche Bestien findet man sogar unter den gewöhnlichen Henkern nicht. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die letzteren von dem Mehrheit unsrer Beamten in keiner Weise. Manche werden dieses Handwerks überdrüssig und werden von Gewissensbissen gepeinigt: indem sie Menschen aufknüpfen, bemühen sie sich, ihre Qualen zu verkürzen und den Tod zu beschleunigen.

Auf meinen Wanderungen durch die Gefängnisse und Etappen kam ich öfters mit Henkern zusammen und plauderte mit ihnen. Sie wurden Henker, um ihre Lage im Gefängnis zu verbessern und ihre Strafzeit zu reduzieren. Einige von ihnen retteten dadurch ihr Leben, denn wer die schimpfliche Rolle des Henkers übernahm, dem wurde die Todesstrafe in die Katorga umgewandelt. Zuweilen empfanden sie Reue. Von Gewissensbissen gequält, endeten sie durch Selbstmord an demselben Strick, an dem sie vorher eigenhändig die Delinquenten aufknüpften.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191706 18-18/fragment/page=0005

abhängigen kann sich nicht nach den Anstandsregeln für höhere Töchter vollziehen. Gerade das „Volksblatt" hat skrupellos gearbeitet, daß es sich nicht über die Späne wundern darf, die ihm noch ins Gesicht fliegen werden. Sein ganzer Feldzug gegen Parteimehrheit und Parteivorstand stützte sich auf persönliche Verunglimpfungen. Es soll sich nicht beklagen, wenn ihm zwar nicht Gleiches mit Gleichem vergolten, aber der Katze die Schelle umgehängt und auf einen Schelmen anderthalber gesetzt wird. Mag sich Hennig in der Pose des Anstandslehrers gefallen, so oft er will; das sei ihm unbenommen. Zunächst nenne er die „faustdicken Unterstellungen", wenn er nicht ein Lügner genannt sein will. —

Wer schimpft? Genosse K. widmet dem „Volksblatt" die folgenden Zeilen: In der letzten Parteiversammlung der Unabhängigen in Halle behauptete wieder der Redakteur Hennig, die „Volksstimme" könne nichts andres als schimpfen. Wie unschuldsvoll sei dagegen das „Volksblatt", kein Engel ist so rein. In Wirklichkeit hat aber das „Volksblatt" alles Augenmaß darüber verloren, was geschimpft und was nicht geschimpft ist. In jeder Nummer des „Volksblattes" — auch in jener, in der man sich über unser angebliches Schimpfen aufhält — wimmelt es seit langem nur so von Schimpfwörtern gegen uns. Die Worte Umlernesozialisten, Regierungssozialisten, Imperialsozialisten usw. findet man gleich zu Dutzenden. Geschieht das nicht zu dem offen ersichtlichen Zwecke, uns zu beleidigen und herabzusetzen? Weiß denn das „Volksblatt" gar nicht mehr, was geschimpft ist? Wie liegen denn aber auch die Dinge in Wirklichkeit? Zuerst lernte das linksstehende „Volksblatt" um. Nach Ausbruch des Krieges war es lange Zeit unter der nicht bestreitbaren Wucht der Tatsachen ganz genau so „sozialpatriotisch", „regierungssozialistisch" usw., wie man das uns jetzt vorwirft. Dann lernte man wieder um und wurde urradikal. Das heißt, man legte sich nur die Löwenhaut um; in der Praxis selbst — na, wir wollen nicht darauf eingehen. Ist nun die Tatsache, daß wir nicht immer im Tempo des Umlernens folgen können, Ursache, fortgesetzt mit „Umlernesozialisten", „Regierungssozialisten" usw. zu schimpfen? Wollten wir wirklich auch schimpfen und Gleiches mit Gleichem vergelten, so hätten wir längst schon für unsre Widersacher auch ein geeignetes Wort anwenden sollen. Es wäre ein solches nicht schwer zu finden, z. B. Maulsozialisten. Wir werden es uns aber überlegen. Sollte sich in dem Punkte das „Volksblatt" nicht eines größern Anstandes befleißigen, so werden wir in Zukunft auf jeden Regierungssozialisten einen Maulsozialisten setzen. —

Eine Lohnstatistik der Hallischen Arbeiterschaft.

Allgemeine brauchbare Lohnstatistiken sind eine große Seltenheit, weil hierauf die amtlichen Stellen seither keinen großen Wert gelegt haben. Zuverlässige allgemeine Lohnnachweisungen erhält man heutzutage nur auf Umwegen, indem man die Lohnanzeigen, die zu andern Zwecken gemacht werden, hierzu verarbeitet. Solche Hilfsmittel bieten die Geschäftsberichte der Krankenkassen. Bekanntlich muß jeder Versicherte unter Angabe seines Arbeitsverdienstes bei der zuständigen Krankenkasse angemeldet werden, die ihn dann einer ihrer „Lohnstufen" zuteilt. Aus der Zahl der Zugehörigen zu den verschiedenen Lohnklassen lassen sich dann Rückschlüsse auf die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft ziehen. Muß doch heute fast ausnahmslos jede gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Person der Krankenversicherung angehören.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Halle bringt in ihrem letzten Jahresbericht auch Angaben über die Besetzung der einzelnen Lohnklassen nach dem Stande von Ende September 1916. Aus einer Umrechnung erhält man folgende Lohnstatistik:

Arbeitsverdienst pro Tag	Männliche Personen überhaupt	Männliche Personen v. Hundert	Weibliche Personen überhaupt	Weibliche Personen v. Hundert
Keinen Lohn	741	5,4	190	1,1
bis 1,25 Mark	2203	16,0	3790	21,3
1,26 bis 1,75 Mark . .	723	5,3	2015	11,7
1,76 „ 2,50 „ . .	702	5,1	7020	40,4
2,51 „ 3,50 „ . .	1165	8,5	2900	16,7
3,51 „ 4,50 „ . .	2395	17,4	1020	5,9
4,51 „ 5,50 „ . .	2690	19,6	315	1,8
5,51 und mehr . . .	3118	22,7	195	1,1
Zusammen	13737	100,0	17445	100,0

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß, gemessen an den heutigen Kosten des Lebensunterhalts, die Löhne doch noch recht bescheidene sind und die vielfachen Behauptungen von den ungemessen gestiegenen Löhnen meist in das Reich der Fabel gehören. Bemerkenswert ist zunächst, daß noch 931 Beschäftigte vorhanden sind, die überhaupt keinen Lohn, auch keine freie Verpflegung erhalten. Es sind das die Lehrlinge, die „ausgebildet" werden. Die verhältnismäßig große Zahl von männlichen Personen mit einem Tagesverdienst bis zu 1,25 Mark sind ebenfalls größtenteils Lehrlinge, aber mit den üblichen geringfügigen Entschädigungen. Es ist noch nicht einmal die Hälfte der männlichen Versicherten, die einen Tagesverdienst von mehr als 4,51 Mark hat. Bei den weiblichen Personen liegt der Schwerpunkt in den Lohnstufen mit dem Tagesverdienst von 1,76 Mark bis 3,50 Mark. Der Lohnstufe mit dem Verdienst bis zu 1,25 Mark gehören besonders viele Aufwartefrauen, Zeitungsträgerinnen usw. an. Der Allgemeinen Ortskrankenkasse gehören einige große Betriebe besonders der Metallindustrie nicht an. Möglich, daß diese den Durchschnitt etwas nach oben drücken würden. —

Die Versorgung der Stadt mit Butter.

Der Landkreis Kottbus sollte die Stadt Kottbus mit einer größern Menge von Butter versorgen. Vergeblich versuchte der Landrat des Kreises, zu erwirken, daß die Landwirte die erforderliche Menge von Butter freiwillig an die Sammelstellen zwecks Lieferung nach der Stadt Kottbus ablieferten. Der Kreisausschuß erließ darauf am 15. November 1916 eine Zwangsanordnung, in der bestimmt wurde: „Alle Kuhhalter haben unbeschadet ihres eignen Bedarfs die in ihrem Betrieb gewonnene Milch an die Molkerei abzuliefern, der sie nach dem der Anordnung angeschlossenen Verzeichnis zugewiesen sind." Das Verbuttern wurde verboten.

Der Landrat hielt auch in den verschiedensten Orten Vorträge über die Notwendigkeit der Befolgung der Anordnung. Im Orte Dissen, der der Molkerei Burg zugewiesen war, kamen trotzdem Uebertretungen vor. Der Landwirt Schulze in Dissen lieferte die 8 Liter Milch, die nach Deckung seines eignen Bedarfs täglich überschüssig waren, nicht an die Molkerei in Burg ab und schaffte sie auch nicht zur Bahn nach Sielow, damit sie die Eisenbahn von dort mit nach Burg nehme, was der Landrat statt der direkten Ablieferung nach Burg für zulässig erklärt hatte. Der Angeklagte verbutterte vielmehr die 8 Liter Milch und übergab diese Butter der früher eingerichteten Sammelstelle. Schulze wurde vom Landgericht in Kottbus zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

Das Kammergericht verwarf seine Revision mit folgender Begründung: Wenn sich auch die Anordnung des Kreisausschusses nur auf die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 3. Oktober 1916 beziehe, die die Bewirtschaftung von Milch betrifft und an sich Maßnahmen der hier vorliegenden Art nicht vorschreibt, so umfasse doch diese Bezugnahme zugleich eine Bezugnahme auf die Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916, die Speisefette betreffend, denn die Bekanntmachung vom 3. Oktober sei nur eine Verordnung zur Ausführung der Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916. Diese grundlegende Verordnung gebe aber durch ihren § 14 den Kommunalverbänden das Recht, die Halter von Kühen zur Milchlieferung an Molkereien zu verpflichten, soweit es zur Sicherung des Fett- und Milchbedarfs erforderlich ist. Demnach sei die Anordnung des Kreisausschusses rechtsgültig. Zu ihrem gültigen Bestandteil sei auch die angehängte Aufstellung der in Frage kommenden Molkereien geworden. Auch umfasse die Ablieferung im Sinne der Kriegsverordnung die Bewirkung des Transports durch den Verpflichteten. Der Angeklagte hätte also die Milch zur Molkerei bzw. zum Bahnhof in Sielow, entsprechend dem Entgegenkommen der Behörde, schaffen müssen. —

* **Vom städtischen Leihamt.** Fast die gesamte Einnahme des auf 48 800 Mark veranschlagten Haushalts entstammt den Zinsen für ausgeliehene Pfandgelder, nämlich 44 500 Mark. Weitere 920 Mark ergeben sich aus Versteigerungsgebühren, 1500 Mark aus verjährten Auktionsüberschüssen, 1150 Mark aus Zinsen im Kontokorrentverkehr, 230 Mark aus der Wohnungsmiete des Inspektors Jander, 90 Mark aus der des Kastellans Göricke und der Rest aus andern kleinen Posten. In den Ausgaben spielen die persönlichen Kosten die Hauptrolle. 27 000 Mark werden für Gehälter, Bureauhilfe, Ruhegehälter und Hinterbliebenenfürsorge gebraucht. Weitere 4400 Mark werden für sächliche Kosten beansprucht, für Entschädigungen, Unterhaltungen, Wasser, Beleuchtung, Heizung, Materialien aller Art, Feuerversicherung, Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl, Schadenersatz für Pfänder usw. Der Schuldendienst erfordert die restlichen 17 400 Mark. Die Bausumme des Leihamtsgebäudes hat 200 000 Mark betragen. Sie steht noch mit 119 600 Mark zu Buche und erfordert an Zinsen und Rückzahlungen 9000 Mark. Weitere 6000 Mark sind an die Sparkasse zu zahlen als 4 Prozent für das vorgestreckte Betriebskapital von 150 000 Mark. 1920 Mark sind Zinsen für die weiterhin zur Verfügung gestellten Betriebsmittel von 48 000 Mark. Der Reingewinn ist auf 500 Mark veranschlagt. Er fließt der Armenpflege zu. —

— **Frühkartoffeln mit Sand.** Trotz der beschämenden Vorkommnisse im vergangenen Jahre tritt die „Deutsche Tageszeitung" wiederum dafür ein, daß Frühkartoffeln „mit der anhaftenden Erde verladen werden". Sie sucht diese Forderung damit zu begründen, daß die Schale der Frühkartoffel zu empfindlich sei, um nach einer gewissen Reinigung noch einen längern Transport zu vertragen. Darüber mögen sich unvoreingenommene Sachverständige der Reichskartoffelstelle maßgebend äußern. Inzwischen bleibt es stark auffällig, daß diese Empfindlichkeit jetzt so viel stärker als in Friedenszeiten in den Vordergrund gerückt wird. Ist der Versand der Kartoffeln mit allem Drum und Dran wirtschaftlich nötig, so darf er nur gegen entsprechende Schmutzabzüge gestattet sein, und zu deren Feststellung sind energische Beauftragte nötig. Auf keinen Fall aber darf die von Habsucht diktierte Mißwirtschaft wieder so weit gehen, daß schließlich sogar der Verbraucher noch 10 Prozent Sand und Steine erhält, welche die etwaige frühere Verbindung mit den Kartoffeln längst verloren haben. Denn letzten Endes kommt es auf dasselbe hinaus, ob die Hausfrauen 10 Prozent verfaulte Kartoffeln oder die gleiche Menge Erde in Kauf nehmen müssen. Nur liegt der zweite Fall insofern schlimmer, als er zunächst gewissenlosen Verladern Gelegenheit zu unehrlichem Verdienst bietet. —

* **Aus dem Polizeibericht.** Vermutlich durch Funkenflug einer Lokomotive geriet an der Pfännerschaftsbrücke befindliches abgemähtes Gras in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte nach 1/2stündiger Tätigkeit wieder abrücken. — Abends wurde die Wehr zur Beseitigung eines Küchenbrandes nochmals nach der Nickel-Hoffmann-Straße gerufen. Auch hier konnte die Wehr nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. — Ein Kochlehrling stürzte sich nach erfolgter Zurechtweisung aus dem dritten Stockwerk eines am Marktplatz befindlichen Grundstücks auf die Straße. Er war sofort tot. Die Leiche wurde nach dem Nordfriedhof gebracht. —

Aus der Parteibewegung.

Die streitenden Brüder.

Die „Radikalen" und „Radikalsten" bezeugen sich mit löblichem Eifer, daß weder die eine noch die andre Gruppe den Talisman des allein echten Radikalismus besitzt und daß ihren Führern die persönlichen Eigenschaften fehlen, gewaltigen Zeiten gerecht zu werden. Kürzlich rempelte die Bremer „Arbeiterpolitik" die Haaseatenschaft derb an; nun antwortet das Berliner „Mitteilungsblatt" nicht minder schwungvoll:

> Neben sonstigen Verstiegenheiten, von denen diese, wie die meisten Nummern der „Arbeiterpolitik" wimmeln, heißt es dann: „Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Verhöhnung der Klassenkämpfer. Sie ist wie die Sozialdemokratie alten Stils der wandelnde Gegensatz zwischen Worten und Taten usw." Auch Genosse Dittmann wird auf Grund ganz summarischer und unzuverlässiger Zeitungsberichte von dem überreizten Skribenten ankrakeelt, — was Genosse Dittmann wohl verschmerzen wird.
>
> Es genügt, wenn man solche exaltierten Schreibübungen einmal niedriger hängt. Die aufmerksamen Leser des „Mitteilungsblattes" werden ohnehin wissen, daß alle Anwürfe auf die Unabhängige Partei in Fragen der Stockholmer Konferenz haltlos und unwahr sind. Im übrigen warten wir Tag für Tag auf die großen „Taten", die die Bremer im Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie in dieser Kriegszeit vollbringen werden. Glauben die Leutchen wirklich, daß die deutschen Arbeiter, von denen viele erst das Abc des Sozialismus und die Grundbegriffe des Klassenkampfes lernen müssen, mit solchen überhitzten und verstiegenen Tiraden, mit denen man wohl einem kleinen Kreise intellektueller Fanatiker imponieren kann, zu Massenaktionen und zum Verständnis des Sozialismus erzogen werden können?

Die Unabhängigen fragen, was die Linkesten erreicht haben; aber was in aller Welt berechtigt sie zu dieser vorwurfsvollen Frage, denn was haben sie selbst erreicht? —

Gegen die Zersplitterung der Jugendbewegung. Eine von 72 Delegierten beschickte Konferenz der Vertreter der Parteiorganisationen, Gewerkschaftskartelle und Jugendausschüsse in Rheinland und Westfalen, die am 10. Juni in Düsseldorf tagte, nahm mit allen gegen 14 Stimmen eine Resolution an, durch die erklärt wurde, „daß sie nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des Nürnberger Parteitags und des Hamburger Gewerkschaftskongresses stehen und demgemäß die „Arbeiter-Jugend" als das Organ betrachten, das allein zur Belehrung und Interessenvertretung des proletarischen Nachwuchses in Frage kommen kann. Sie verurteilen auf das entschiedenste alle Spaltungsbestrebungen und erwarten von allen Korporationen der modernen Arbeiterbewegung, daß sie mit größter Energie für die Aufrechterhaltung der Geschlossenheit und die weitere Stärkung der Jugendbewegung eintreten". —

Genossenschaftstag.

In Nürnberg tritt am Montag der Zentralverband deutscher Konsumvereine zu seinem diesjährigen Genossenschaftstag zusammen; die Tagungen der Großeinkaufs-Gesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und andrer genossenschaftlicher Gesamtverbände schließen sich an. Der Krieg hat die deutschen Konsumvereine nicht davon abhalten können, wie in Friedenszeiten alljährlich die Berichte über die Geschäftsführung entgegenzunehmen und die schwebenden Verbands- wie Wirtschaftsfragen zu erledigen.

Ebensowenig hat der Krieg das Wachstum der deutschen Konsumvereinsbewegung aufzuhalten vermocht. Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine ist in den 14 Jahren seines Bestehens von 685 auf 1110 gestiegen, die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder von 575 449 auf 2 063 404, der Gesamtumsatz der Konsumvereine von 176 Millionen Mark auf 743 Millionen, der Wert der in eigner Produktion hergestellten Waren von 15 auf 191 Millionen. Das eigne Kapital wurde mehr als verfünffacht, 96 Millionen zu 18 Millionen im Jahre 1903, das fremde Kapital noch stärker, von 22 Millionen auf 206 Millionen, vermehrt. Dem äußern Wachstum entspricht das innere, die Organisation ist in jeder Weise ausgebaut worden, der Umsatz auf den Kopf des Mitglieds bedeutend gestiegen.

Von dem letzten Wirtschaftsjahr sagt der in einem Bande von 750 Seiten erstattete Jahresbericht, daß die Konsumvereine an äußerer Stärke und innerer Kraft gewonnen hätten wie noch nie in einem Jahre zuvor, selbst nicht in den günstigsten Friedensjahren. In diesem einen Jahre wuchs die Mitgliederzahl um mehr als 200 000, der Umsatz im eignen Geschäft um 83 Millionen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diese Steigerung ebenso auf die Teurung wie auf wirklich vermehrten Umsatz zurückgeht, der Verkauf von eigenerzeugten Waren um 26 Millionen Mark und die Zahl der in den Konsumvereinen beschäftigten Personen um neue 2000, so daß sie jetzt 25 000 überschritten hat. Nur die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hat durch die Ausschaltung des Großhandels in weitem Umfang einen Umsatzrückgang erlitten.

Trotzdem diese Zurückdrängung der Großeinkaufs-Gesellschaft für bedauerlich und unberechtigt erklärt wird, drückt der Jahresbericht doch die Ueberzeugung der Konsumgenossenschaften aus, daß die staatliche Organisierung der Volkswirtschaft in der Kriegszeit eine unbedingte Notwendigkeit war, und daß der Versuch, den freien individualistischen Warenaustausch weiterzubelassen, Volk und Land rettungslos in den Abgrund gestürzt hätte. Ueber die Maßnahmen, die zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Kriegsjahr 1916 ergriffen worden sind, erstattet das Mitglied des Kriegsernährungsamts und Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Dr. August Müller, im Jahrbuch des Verbandes einen ganz ausführlichen, überwiegend aber rein referierenden Bericht. Die Maßnahmen zur Volksernährung werden den Genossenschaftstag noch besonders beschäftigen und ihm Anlaß zur Stellungnahme geben.

Im übrigen wird sich der Genossenschaftstag, abgesehen von der Entgegennahme der zahlreichen alljährlich wiederkehrenden Rechenschaftsberichte, besonders mit der Frage zu beschäftigen haben, wie den Konsumgenossenschaften besser als bisher eine öffentlichrechtliche Vertretung in den berufenen Handelsorganisationen, zugleich als Wortführer der Verbraucher, gesichert werden kann. Weiter wird der Leiter des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens, Adolf Rupprecht, der jetzt gleichfalls als Sekretär Dr. August Müllers dem Kriegsernährungsamt angehört, über die Vorarbeiten sprechen, die zum Ausbau der genossenschaftlichen Bildungsarbeit alsbald nach Wiederkehr des Friedens schon jetzt in Angriff genommen sind.

Die deutschen Konsumgenossenschaften umfassen gegenwärtig schätzungsweise 2¾ Millionen Familien, davon über 2 Millionen im Zentralverband. Sie erübrigen jährlich rund 50 Millionen. Sie erstrecken sich auf alle Volkskreise, der Anteil der Mitglieder, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, ist auf über ein Viertel gestiegen. Ein Fünftel der Mitglieder sind Frauen. Politisch halten sich die Genossenschaften neutral und werden daher erfreulicherweise auch durch den Parteistreit daher nicht berührt. So stellen sie ein eigenartiges zukunftsreiches Gebilde dar, das sich im Kriege auch staatliche Anerkennung im vollen Umfang erworben hat und gehen einer reichen Zukunft entgegen.

Wir werden über die Verhandlungen berichten. —

Kleine Chronik.

Der „blinde" Passagier.

An einem der letzten Abende bemerkte ein Eisenbahnschaffner in dem um 9 Uhr 21 Minuten auf Bahnhof Kassel eingelaufenen Halle-Kasseler Personenzug einen vierzehn Jahre alten Knaben im Bremshäuschen. Bei seiner Vernehmung stellte sich heraus, daß der Junge von Berlin aus, mit einer Bahnsteigkarte versehen, nach Kassel als „blinder" Passagier gefahren war. Auf weiteres Befragen erklärte der jugendliche Abenteurer, daß er zunächst nach Schneidemühl und dann nach Kassel gereist sei. Sein eigentliches Reiseziel sei Frielendorf, wo er seinen Onkel, einen Schneidermeister, besuchen wollte. Eine telephonische Anfrage der Polizei in Frielendorf bestätigte die Angaben des Knaben, der nun auf seine Bitte hin von der Kasseler Armenverwaltung eine Fahrkarte nach Frielendorf erhielt, nachdem sich sein Onkel zur Zahlung bereit erklärt hatte. —

Eine schwere Bluttat.

Am Freitag geriet in Neudorf bei Beuthen der Grubenarbeiter Kray mit seinem Hauswirt, dem Bäckermeister Sajonz, in Wortwechsel. Kray schoß den Bäckermeister sowie seine hinzueilende 31jährige Tochter nieder. Der Vater ist tot, die Tochter lebensgefährlich verletzt. Eine 22jährige Tochter wurde ebenfalls schwer verwundet. Ein hinzukommender Kassierer Wollny wurde durch einen Schuß niedergestreckt und starb auf der Stelle. Inzwischen erschien die Polizei, die die Verfolgung des flüchtigen Mörders aufnahm. Als die Beamten Kray ergreifen wollten, richtete dieser den Revolver gegen sich selbst; er war sofort eine Leiche. Bäckermeister Sajonz hinterläßt 9 Kinder; mehrere Söhne stehen im Felde. —

Raubmord in Hannover.

Aus Hannover wird gemeldet: Eine Belohnung von 1000 Mark setzte die Staatsanwaltschaft auf die Ergreifung des Mörders des über siebzig Jahre alten Schankwirts Hermann Harmelins in der Luisenstraße aus, der in seinem Lokal mit durchgeschnittener Kehle tot aufgefunden wurde. Ein Brieftasche mit mehreren hundert Mark sowie eine goldene Uhr mit Kette und ein goldener Diamantring sind geraubt. —

Die Explosion in Ashton under Lyne

bei Manchester wird von einem Korrespondenten in Ashton als fürchterlich geschildert. Durch die Explosion, die am Mittwoch nachmittag stattfand, wurden große Stücke von Kesseln und Gasometern im Umkreis von einer Meile fortgeschleudert. Die Straßen glichen Schlachtfeldern. Das Feuer, das durch die Explosion hervorgerufen wurde, zerstörte eine Wollspinnerei und eine Kornmühle. Viele Schulkinder, die sich auf dem Nachhauseweg befanden, wurden getötet und verwundet. Einer der Besitzer der Fabrik ist als Leiche verstümmelt unter den Trümmern gefunden worden. Der westliche Teil der Stadt ist fast völlig zerstört; zwei Gasanlagen flogen in die Luft. Die benachbarten Städte Dukinfield und Stalybridge wurden in Brand gesetzt durch brennend aufgeflogene Teerfässer, die zuerst die Gasanstalt von Dukinfield zur Explosion brachten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170618-18/fragment/page=0006